

rien, Irak ... Parallel wird die Europäische Union zur Kriegsmacht ausgebaut. Mit dem EU-Militärbündnis PESCO (*Permanent Structured Cooperation*) sollen Interessen weltweit mit Waffengewalt durchgesetzt werden. **Nötig ist: Friedenspolitik statt Kriegspolitik!**

### **Für Frieden im Nahen Osten! Keine Unterstützung für Angriffskriege!**

Nicht zuletzt durch die westliche Kriegspolitik sind Libyen, Syrien und Irak in Krieg und Chaos gestürzt worden. Mit westlichen Waffen massakrieren Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate im Jemen die Bevölkerung.

Die Türkei verwandelt sich in eine Diktatur und führt Krieg nach innen und außen. Ultra-Nationalismus und Islamismus verschmelzen. Die Bundesregierung applaudierte, als syrisch-kurdische Verbände den IS besiegten. Doch Deutschland war Komplize beim Angriffskrieg der Türkei und dschihadistischer Mörderbanden gegen das kurdische Gebiet Afrin in Syrien. Die Türkei droht mit Eroberung aller kurdischen Gebiete.

Nötig sind Stopp der Waffenlieferungen, Ende der politischen und militärischen Unterstützung von Aggressoren, Diktaturen und Islamisten, Verhandlungen zur Beendigung des Kriegs in Syrien, Schluss mit Militärinterventionen, Solidarität mit den Menschen, die sich im Nahen Osten Krieg und Diktaturen widersetzen.

Eine Kundgebung der DFG-VK Mainz im Rahmen der Kampagne „Krieg beginnt hier“

## **Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen**

*Sektion der War Resisters' International (WRI)*

### **Gruppe Mainz**

c/o Bürogemeinschaft, Walpodenstr. 10,  
55116 Mainz

Treffen am ersten Montag und am dritten Donnerstag im Monat, 19.30 h;

Konto IBAN DE05 4306 0967 4006 1617 41,  
GLS-Bank

[dfgvkmz@web.de](mailto:dfgvkmz@web.de) [www.dfg-vk-mainz.de](http://www.dfg-vk-mainz.de)



*ViSdP G. Lennert, DFG-VK, Walpodenstr. 10, Mainz*

# **Friedenspolitik statt Kriegspolitik!**

*Kundgebung mit Reden und Musik*

**Antikriegstag, Samstag, 1. September 2018**

**MAINZ**

**Gutenbergplatz, 12 Uhr**

Im Anschluss um 15 Uhr am gleichen Ort  
Auftrittskundgebung der Demonstration  
*Kein Gauland in Mainz!*



**Anlässlich des Antikriegstags 2018 fordern wir**

- **Abrüsten statt Aufrüsten!**
- **Entspannung und Zusammenarbeit statt Säbelrasseln und Konfrontation!**
- **Atomwaffenverbot durchsetzen!**
- **Waffenlieferungen stoppen!**
- **Kriegs- und Fluchtursachen beseitigen!**
- **Weder militärische noch zivile Zwangsdienste! Keine Reaktivierung, sondern Abschaffung der sogenannten Wehrpflicht!**
- **Keine Drohnenkriege!**
- **Schluss mit Auslandsinterventionen der Bundeswehr!**

**Am Vorabend des Antikriegstags:**

**"Und die Vögel werden singen":**

**Konzert mit Aeham Ahmad,**  
dem „Pianisten aus den Trümmern“ aus Syrien. mit  
Vorstellung seiner Autobiographie *"Und die Vögel werden singen"*

**Freitag, 31. August 2018**

**MAINZ, Julius-Lehlbach-Haus, Kaiserstr. 26-30, 19 Uhr**

**Es laden ein: DFG-VK Mainz, DGB Rhein-Nahe, Jenny-Marx-Club,  
Landesmusikrat Rheinland-Pfalz**

**Der Antikriegstag erinnert seit 1957 alljährlich an den Überfall Nazi-Deutschlands auf Polen am 1. September 1939 und damit an den Beginn des Zweiten Weltkriegs.**

**Er steht für die Einsicht und die Forderungen:  
„Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“**

### **Abrüsten statt Aufrüsten!**

Die NATO-Planung, die Rüstungsausgaben auf 2% der Wirtschaftsleistung (BIP), zu erhöhen, bedeutet für Deutschland nahezu eine Verdopplung der Militärausgaben. 2% des BIP für Rüstungsausgaben – das wären weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen: für Bildung, (Hoch)Schulen und Kitas, für den sozialen Wohnungsbau, für kommunale und digitale Infrastruktur, für eine ökologische und soziale Gestaltung der Verkehrs- und Energiewende und für die Alterssicherung und mehr soziale Sicherheit. Der weltweite Rüstungswettlauf würde intensiviert.

### **Atomwaffenverbot durchsetzen!**

Zwei Minuten vor zwölf zeigt 2018 die Weltuntergangsuhr, die die Gefahr eines Atomkriegs anzeigt, erstmals seit 1953. Selbst die Hauptverantwortlichen für Kriege sahen bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2018 die „Welt am Abgrund“.

Während die Atommächte ihre Atomwaffen sogar modernisieren, haben 122 UN-Staaten am 7. Juli 2017 dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zugestimmt. Die neun Atomwaffen-Staaten und ihre Alliierten, auch Deutschland, hatten die Verhandlungen boykottiert oder dagegen gestimmt.

### **Wir fordern von der deutschen Regierung:**

- **Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag!**
- **Schluss mit der deutschen Teilhabe an US-Atomwaffen!**
- **Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland!**



### **Weder militärische noch zivile Zwangsdienste!**

### **Keine Reaktivierung, sondern Abschaffung der sogenannten Wehrpflicht!**

Erst 2011 sind in Deutschland Zwangsmusterungen und Zwangseinberufungen zu Bundeswehr und Ersatzdienst ausgesetzt worden, wie zuvor in den meisten Ländern Europas. Dieser Trend hat sich umgekehrt. Mehrere Staaten haben die Zwangsrekrutierung wieder aufgenommen, die in Schweden erstmals auch Frauen trifft. Auch Frankreich führt wieder Zwangsdienste ein. AfD, beträchtliche Teile der CDU und andere politische Kräfte fordern in Deutschland die Reaktivierung des Kriegsdienstzwangs.

Zwangsdienste sind grundsätzlich eine Menschenrechtsverletzung.

Den Bestrebungen, Menschen wieder zwangsweise für den Krieg zu rekrutieren, muss jetzt Widerstand entgegengesetzt werden.

Eine Möglichkeit:

### **Widerspruch! Keine Daten Jugendlicher an die Bundeswehr!**

Trotz Aussetzung der sogenannten Wehrpflicht werden die Daten aller Jugendlicher – seit 2011 auch der weiblichen - an die Bundeswehr weitergegeben. Dem können die betroffenen Jugendlichen widersprechen – am besten öffentlich. Sie können damit deutlich machen, dass sie nicht für Krieg und Militär zur Verfügung stehen.



### **Entspannung und Zusammenarbeit statt Säbelrasseln und Konfrontation!**

Die Konfrontation zwischen NATO und Russland dauert an: Rhetorisch, mit Sanktionen, Aufrüstung und bedrohlichen Manövern. In der Ost-Ukraine wird gekämpft.

Die Bundesregierung bleibt auf Kriegskurs: Verdoppelung der Rüstungsausgaben, Waffenexporte, bald Drohnenkrieg. Statt Deutschland aus Kriegen herauszuhalten, lässt sie kaum eine Gelegenheit aus, sich teils völkerrechtswidrig in Kriege hineinzudrängeln: Mali, Sy-